

# MetanoiaMagazin

FÜR KRITISCHE PERSPEKTIVEN UND UNBEIRRTES DENKEN

Ausgabe Nr. 57 | November 2023



## Wehrlos durch Entwaffnung

### Second Amendment

Das wichtigste Recht  
der US-Bürger?

### Mehr Waffen, weniger Kriminalität?

Schusswaffenverbote als  
Förderprogramm für Verbrecher

### Opferland Deutschland

Effektive Notwehr verboten  
Freiwild im eigenen Land



Liebe Leser

Als Bürger der Schweiz – einer sicheren Nation mit liberalem Waffenrecht – über die ausserordentlich restriktiven Waffengesetze in Deutschland zu recherchieren und zu schreiben, machte mich die letzten Wochen sehr betroffen. Bei unserem Nachbarn erodiert die öffentliche Sicherheit in dramatischer Weise und Messerattacken durch Migranten gehören mittlerweile zur traurigen Tagesordnung. Man blickt aus sicherer Distanz, einem Elfenbeinturm ähnlich, hinein in eine Gesellschaft, die der eigenen so ähnlich ist, zu deren Menschen man sich so nah und verbunden fühlt und ist nur noch schockiert und erzürnt darüber, wie sehr sie von den eigenen Regierungen, egal welcher Couleur, über die letzten Jahrzehnte hinweg konsequent entwaffnet und sprichwörtlich ans Messer geliefert wurde. Trotz der geografischen Nähe scheinen Welten zwischen unseren Realitäten zu liegen. Auf den Schweizer Strassen und in Fussgängerzonen herrscht allgemein (noch) ein starkes Gefühl von Sicherheit, Recht und Ordnung.

Durch unser System der Milizarmee ist es in der Schweiz völlig normal, (zu Hause) bewaffnet zu sein. Angehörige der Armee, also alle wehrfähigen Männer bis zum 35. Altersjahr, haben eine jährliche Schiesspflicht, das sogenannte «Obligatorische», wo sie den Umgang und das Schiessen mit ihrem Sturmgewehr üben und auffrischen. Zudem kann jeder Schweizer Bürger mit einem sauberen Leumund legal Schusswaffen erwerben. Laut aktuellen offiziellen Schätzungen ist mindestens jede dritte Person in der Schweiz im Besitz einer Schusswaffe. Und so gilt die Schweizer Bevölkerung im weltweiten Vergleich als hochgerüstet. Dennoch wird die Schweiz als friedliche Nation voller idyllischer Gemütlichkeit wahrgenommen – scheinbar harmlos, aber eben nicht wehrlos. Für viele Schweizer gilt das Recht auf Selbstschutz und die regelrechte Pflicht zur Wehrhaftigkeit als naturgegeben. Daher erscheint es unnatürlich, wie andere Länder – allen voran Deutschland – damit umgehen. Berichte über vermeintliche Amokläufe, die bei näherer Betrachtung einmal mehr Anlass zum Zweifel an der offiziellen Darstellung geben (siehe S.42 ff.), scheinen bei den Deutschen inzwischen ein Klima von Angst und Schrecken gegenüber jeglicher Art von Bewaffnung verursacht zu haben. Wie ist es anders erklärbar, dass trotz explodierender Zahlen von Messerattacken durch Neuankömmlinge im öffentlichen Raum nicht mal ansatzweise eine Lockerung der Waffengesetze zur zivilen Selbstverteidigung gefordert wird? Im Gegenteil: Als Reaktion darauf

werden gängige Tatorte, also Ballungsräume wie in Frankfurt, Hamburg, Köln oder Düsseldorf, zu Waffenverbotszonen erklärt und Zuwiderhandlungen mit Bussgeldern in den Tausenden bestraft. Während dem rechtschaffenen Bürger – gerade den Alten und Schwachen – damit jegliches Mittel zur Selbstverteidigung unter Androhung existenzieller Geldstrafen verwehrt bleibt, sind die einzigen Nutzniesser die künftigen Messerattentäter, die sich nun noch sicherer sein können, bei ihren Taten auf keinerlei Gegenwehr zu stossen. Solche Verbrechen mit der Androhung von Geldbussen verhindern zu wollen, ist schlichtweg unsinnig und könnte eigentlich als weiterer Akt gegen die eigene Bevölkerung gewertet werden – sofern sie sich denn verteidigen wollte. Doch genau dieser Wille zur Wehrhaftigkeit, geschweige denn ein Verständnis dessen, scheint in der breiten Masse sowieso nicht mehr vorhanden zu sein. Haben Jahrzehnte des wirtschaftlichen Aufschwungs, des Wohlstandes und des damit einhergehenden gesellschaftlichen Friedens zu einer Trägheit geführt, welche den Spürsinn für feindliche Bedrohung trübte und den Willen zum Selbstschutz schwächte? Wiegt der von den Alliierten unterstellte Vorwurf der Schuld noch immer so schwer auf der deutschen Seele, dass selbst der Gedanke an Waffen schon reflexartig unterdrückt wird? Zumindest wurden in dieser Zeit die Grundlagen für den heutigen Status quo der Deutschen sowie der westlichen Gesellschaften ganz allgemein in Sachen Waffenverbote und nicht vorhandener mentaler Wehrhaftigkeit gelegt.

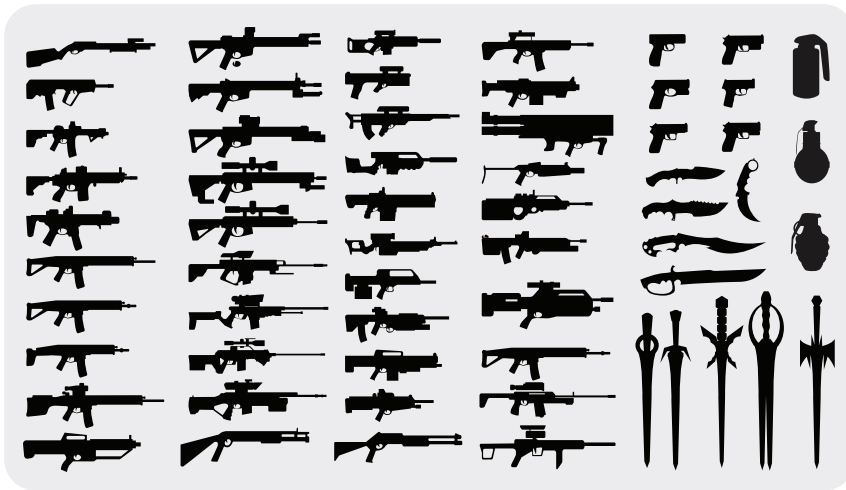
Als Kind soll bei tätlichen Konflikten nach Erwachsenen gerufen werden. Letztere rufen wiederum die Polizei, die unbestritten als einzige Instanz für Sicherheit und Ordnung sorgen darf. Doch diese anerzogene Wehrlosigkeit kann für das Opfer zwischenzeitlich fatale, ja gar tödliche Folgen haben. Berichten zufolge trifft die Polizei im Durchschnitt erst nach etwa 20 Minuten am Tatort ein. Genügend Zeit also für Verbrecher, ihre Taten zu begehen und sich aus dem Staub zu machen. Dennoch wird dem Bürger sein natürliches Recht auf adäquate Mittel zur Selbstverteidigung gesetzlich abgesprochen, wodurch er unweigerlich zum Freiwild für Kriminelle wird.

In der vorliegenden Ausgabe betrachten wir die Themen Schusswaffen, Wehrhaftigkeit und zivilen Selbstschutz aus verschiedenen Perspektiven und hinterfragen die Behauptungen und Vorstellungen der Gegner von privatem Schusswaffenbesitz. (ab)

## Abonnenten- Vorteil bei Einzelausgaben

**Druckversion: 6€** (statt 9€)  
**PDF: 4€** (statt 7€)  
**Kombi: 8€** (statt 11€)





Shutterstock/TWINS DESIGN STUDIO

Schusswaffen töten, Schusswaffen schützen. Manche lieben sie, manche hassen sie. Die einen wünschen sich eine Welt ohne eine einzige von ihnen; die anderen fordern eine Zukunft, in der jeder so viele Gewehre und Pistolen besitzen und tragen darf, wie er möchte. Klar ist eines: Schusswaffen polarisieren so sehr wie kaum eine andere menschliche Erfindung. Die Debatte darum, wer welche und wie viele Schusswaffen besitzen darf, wird höchstgradig emotional geführt. Die meisten Staaten der Erde haben ihren Privatbesitz mindestens streng reguliert, wenn nicht sogar ganz verboten – das öffentliche Führen zu Selbstverteidigungszwecken erst recht. Sowohl Regierungen als auch Bürger mahnen und verurteilen dabei im Chor: Zur Sicherheit aller haben am besten nur Staatsbeamte, also Polizisten und Soldaten, Schusswaffen, mit denen sie gegen Kriminalität vorgehen und rechtschaffene Zivilisten beschützen können. Doch ist es wirklich sicherer für die Masse der Menschen, wenn sie sich des effizientesten aller Werkzeuge zur Selbstverteidigung entledigen? Denn diese durchaus auch missbräuchlich verwendbaren Waffen anderen in der Hoffnung zu überlassen, selbst zugleich nicht Opfer dieser anderen zu werden, ist ein Spiel mit dem Feuer.

## Inhalt

### «The Second Amendment» - Das wichtigste Recht der US-Bürger?

Die Gründerväter der USA waren sich darin einig, dass nur bewaffnete Bürger freie Bürger sind. 6

### Mehr Waffen, weniger Kriminalität - Zahlen, Daten und Fakten

Schusswaffenverbote für unbescholtene Normalbürger erhöhen die Sicherheit nicht und machen es Kriminellen sogar einfacher. 17

### Deutschlands Entwaffnung: Selbstverteidigung verboten

Obwohl der Deutsche durch kulturfremde Masseneinwanderung längst zu Freiwild im eigenen Land geworden ist, bewegt sich die Politik auf der Zielgeraden zur vollständigen Entwaffnung des Volkes. 30

### Das Geheimnis der Amokschützen

«Amokläufe» sind Wasser auf die Mühlen der globalen Kampagne gegen Schusswaffen in Privatbesitz. Doch erfährt der Medienkonsument die ganze Wahrheit über die Geschehnisse? 42

### Sandy-Hook-Drama: Eine Inszenierung?

Zahlreiche Beobachter meldeten sich zu Wort und zweifelten die offizielle Version der Ereignisse an der Sandy-Hook-Grundschule im Dezember 2012 an. 49

### Der Ausweg aus der Opfer-Mentalität

Selbst eine Liberalisierung der deutschen Waffengesetze würde wenig an der jahrzehntelang anerzogenen Wehrlosigkeit der Deutschen ändern. 58

#### Verlag Herausgeber Kontakt

InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil  
André Barmettler  
Tel +41 61 511 45 08 /  
info@in-deutschland-verboten.com  
www.in-deutschland-verboten.com  
ca. 8 x jährlich im Abonnement  
Schweiz: SFr 59.- / EU: EUR 59.-

#### Redaktion

Tilman Knechtel (tk) / André Barmettler (ab)  
Gerhard Wisnewski (gw), Frank Hannig (fh)

#### Satz/Layout

Elementi Studio

#### Fotos

Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org / Envato

#### Cover-Bild

Johannes Sonneaug

#### Nächste Ausgabe

vsl. Dezember 2023

#### Website Erscheinung Abo-Preis





# Die scharfe Debatte um scharfe Waffen

**E**s brennt auf unserer Welt und auf unseren Strassen. Nicht wortwörtlich, wie es uns selbsternannte «Klimaretter» mit ihrem hysterischen Alarmismus verklickern wollen. Nein, es brennt vor allem im übertragenen Sinne: Öffentliche Ausschreitungen – die Polizei ist machtlos. Als Frau nachts allein durch einen Park – ein Wagnis. Kinder auf dem Weg zur Schule – die Eltern sind in Sorge. Beim Shoppen in der Fussgängerzone – es kommt zu einer Messerstecherei. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über irgendeinen gewaltsamen Konflikt berichtet wird. Und in diesem Punkt muss man den Medien Recht geben: Wir werden tatsächlich unaufhörlich geplagt von grösseren und kleineren Krisen, Problemen und vermehrt sogar kriegesischen Auseinandersetzungen – neuerdings bspw. spitzt sich die Lage in Nah-

ost zu. Nicht selten sind die Krisen anderer Natur, als es uns verkauft wird, aber das steht auf einem anderen Blatt geschrieben.

Leser unserer Ausgaben sind sich dessen natürlich bewusst, denn das Hinterfragen dieser Konfliktherde beschäftigt uns und die Ergebnisse der Untersuchungen sind das, was unsere Ausgaben füllt. Häufig handelt es sich bei diesen Problemen um (potenzielle) Bedrohungen für Leib und Leben: kalte oder heisse Kriege, vor allem durch Migration befeuerte soziale Spannungen und damit einhergehende Kriminalität, aber auch übergreifende Staatsapparate und einiges mehr. Doch wenn wir den medialen Leitfiguren Glauben schenken, so ringt eine Bedrohung für unser aller Leben mit um die ganz vorderen Plätze in der Gefahrenliste: der Privatbesitz von Waffen. Grundsätzlich geht es um Waffen jeglicher Art, aber besonders um

Schusswaffen, sprich Pistolen und Gewehre. Egal, wie glühend heiss die zuvor genannten Konfliktherde vor sich hin lodern mögen, so hitzig wie die Debatte um den Privatbesitz von Schusswaffen wird kaum etwas anderes im öffentlichen wie auch privaten Raum diskutiert. In den meisten Staaten dieser Erde lautet die dominante Position sowohl der Regierenden als auch der Bürger dazu: Schusswaffen sind lebensgefährlich, unbe-rechenbar, werden zu kriminellen Zwecken eingesetzt und gehören folglich ausschliesslich in die Hände der Exekutivbehörden, namentlich Polizei, Militär und andere Sicherheitskräfte, die damit als einzige für Recht und Ordnung sorgen (können) – niemals jedoch in den Besitz von Privatleuten.

## Schauplatz USA

In den verbliebenen Ländern, in denen die Regierung der zivilen Bürgerschaft den Besitz, aber vor allem das Tragen von Schusswaffen gestattet, kocht die Debatte über die Richtigkeit dieses Zustandes seit etlichen Jahren hoch. Allen voran die Vereinigten Staaten, die durch immer neue «Amokläufe» (siehe S.42 ff.) heimgesucht werden, sind Schauplatz dieses Diskurses – nicht zuletzt wohl deshalb, weil sie das berühmt-berüchtigte und – je nach Bundesstaat – liberalste Waffenrecht von allen Nationen ihr Eigen nennen können. Das sog. «Second Amendment», der Zweite Zusatzartikel zur Verfassung, verbietet der US-Regierung jegliche Einschränkung des Rechtes der Bürger auf das Besitzen und Tragen von Waffen – und ist vielen Amerikanern damit hoch und heilig (siehe S.6 ff.). Doch nicht alle US-Bürger nehmen es so genau mit dem Anspruch der US-Verfassung auf fortwährende Gültigkeit: Sie fordern vehement eine mehr oder minder starke Einschränkung dieses Artikels, wollen dies aber als im Einklang mit der Verfassung stehend verstanden wissen. Dass es sich dabei nicht nur um Antifa-Anhänger handelt, belegt als eines von unzähligen Beispielen etwa die Aussage von Eric Holder, der sich als Justizminister unter der Regierung von Barack Obama für «Gun Control» einsetzte: «Wir müssen die Art und Weise verändern, wie die Menschen über Waffen denken – insbesondere junge Menschen – und es zu etwas machen, das nicht cool ist; dass es nicht akzeptabel ist, es nicht mehr hip ist, eine Waffe zu tragen, so wie wir unsere Einstellung zu Zigaretten geändert



Foto: Shutterstock/Keith Rowles

### THE TIMES OF ISRAEL

## Ben Gvir says 10,000 assault rifles purchased for civilian security teams

Die Times of Israel titelt am 10. Oktober 2023: «Ben Gvir [Minister für öffentliche Sicherheit] sagt, dass 10'000 Sturmgewehre für zivile Sicherheitsteams gekauft wurden»

Israels Regierung versorgte kürzlich aufgrund der momentanen Geschehnisse zivile Sicherheitsteams mit Schusswaffen. Ben Gvirs Vorgänger Gilad Erdan hatte 2018 gesagt: «Je mehr ausgebildete Zivilisten Waffen tragen, desto höher sind die Chancen, Anschläge zu vereiteln und die Opferzahlen zu verringern.» <sup>(1)</sup> Liegt der Gedanke nicht allgemein nahe, durch privaten Waffenbesitz die Verteidigungsfähigkeit des Individuums und somit die Abwehrkraft einer Nation insgesamt zu stärken?

Quelle: 1. rp-online.de, Israel will 600'000 Bürgern Kauf von Waffen erlauben, 21.08.2018





Demonstration für strengere Waffengesetze vor dem Hauptquartier der «National Rifle Association» (Waffenlobbyorganisation) in Virginia, 2017. Auf den Plakaten steht: «Stoppt das Gemetzel», «Schulbücher, keine Waffen» und «Wir wollen unsere Kinder zurück» (bezogen auf den «Amoklauf» von Sandy Hook, siehe S.49 ff.).

Pro-Waffen-Kundgebung der «Tea Party» in Minnesota (Februar 2013). Auf dem linken Plakat steht mit einer Abbildung Joseph Stalins: «Ich habe Waffen verboten, dann habe ich 30 Millionen Menschen getötet.» Auf dem rechten Plakat steht mit einem Bild des damaligen US-Präsidenten Barack Obama: «Bill of Rights? Ich kann dich jederzeit legal und ohne richterliche Überprüfung töten lassen... indem ich dich einfach als Terrorist einstufe... die Medien halten mir auch in dieser Sache den Rücken frei. Ich wette, das wusstest du nicht!»

haben. Als ich aufgewachsen bin, haben die Leute die ganze Zeit geraucht. Meine Eltern rauchten beide. Aber im Laufe der Zeit hat sich die Einstellung zum Rauchen geändert, so dass es jetzt Leute gibt, die sich ausserhalb von Gebäuden verstecken und im Privaten rauchen und es nicht zugeben wollen. [...] Wir müssen das immer wieder tun. Wir müssen das jeden Tag in der Woche tun und den Leuten eine **Gehirnwäsche** verpassen, damit sie ganz anders über Waffen denken.»<sup>(1)</sup>

## Deutsche bereits schutzlos ausgeliefert

Derlei Aussagen und Forderungen werden Ihnen im Verlaufe dieser Ausgabe immer wieder begegnen – und das nicht nur bezogen auf die USA, sondern auch hinsichtlich der äquivalenten Debatte in Deutschland. In der Bundesrepublik wird ebenfalls jegliche Gelegenheit genutzt, um nach einem schärferen Waffenrecht zu kreischen – ganz so, als wäre in Deutschland nicht bereits alles verboten, was wirklich effektiv zur Gefahrenabwehr gegenüber Menschen eingesetzt werden kann (siehe S.30 ff.). So war Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die nicht gerade für bürgerfreundliche Politik bekannt ist, spätestens nach der vermeintlichen Amoktat in Hamburg vom März 2023 endgültig davon überzeugt, weitere Verbote in Bezug auf das Waffengesetz erlassen zu müssen.<sup>(2)</sup> Kritische Beobachter fragen sich dabei, warum es fast ausschliesslich Unfälle oder Strafta-

ten mit Schusswaffen sind, bei denen sich auf das Werkzeug gestürzt wird, und nicht auf die verantwortlichen Personen. In allen anderen Fällen wird sofort das Motiv hinterfragt oder andere die Tat begleitende Umstände, die Tatwaffe als solche aber nicht: Niemand sieht sich veranlasst, einschränkende Gesetze in Bezug auf den privaten Besitz und die Nutzung von Küchenmessern, Bleichmitteln, Swimmingpools, Autos, Leitern, Hämmern oder sonstigen Objekten zu fordern, durch die Menschen (tödlich) zu Schaden kommen – sei es nun versehentlich oder vorsätzlich. Lediglich bei Schusswaffen ist dies der Fall. Warum? Welches Bild haben die Gesetzgebenden von den Bürgern, wenn sie alles in ihrer Macht Stehende dafür tun, ihnen den Besitz von Waffen jeglicher Art, allen voran jedoch Schusswaffen, zu erschweren oder gar zu verbieten? Das Paradoxe: Von staatlicher Seite aus wird den Bürgern fast pausenlos eingetrichtert, sie seien von inneren und äusseren Feinden bedroht (islamistischer Terror, Rechtsextremismus, Wladimir Putin etc.). Wäre es da nicht besonders sinnvoll und nur folgelogisch, der eigenen Bevölkerung den Waffenbesitz zu erlauben und sie dazu zu ermuntern? Schliesslich würde dies ihre Verteidigungsfähigkeit und damit die Abwehrkraft der Nation insgesamt stärken. Offenbar sind jedoch fast alle Regierungen diesem Gedanken gegenüber sehr abgeneigt. Einzelne Ausnahmen wie etwa die Schweiz, Tschechien oder einige US-Bundesstaaten bestätigen die Regel.

## Am Ende bleiben nur Hände und Füsse

Es stellen sich weitere Fragen im Rahmen dieser Debatte: Vor allem in Deutschland und anderen «Einwanderungsländern» häufen sich die von Migranten ausgehenden kriminellen Übergriffe auf die einheimische Bevölkerung. Vor allem Frauen sind dabei besonders benachteiligt, weil sie sich auf ihre eigene (unterlegene) Körperkraft und maximal bedingt wirksame Pfeffersprays verlassen müssen. Unabhängig davon gilt es zu bedenken, dass die Polizei meist nicht am Ort des Geschehens ist, wenn Angriffe auf Menschen stattfinden. Das wirft im Kontext der offensichtlich durch Migration zunehmenden Kriminalität Fragen auf. Selbstverteidigung ist rechtlich zwar erlaubt, doch werden den Bürgern hierbei vielerorts Hürden in den Weg gestellt, allen voran das Verbot quasi aller zur Selbstverteidigung nützlicher Werkzeuge wie Schusswaffen – womit nur Hände und Füsse bleiben.

Im Rahmen dieser Ausgabe wollen wir eine nüchterne Begutachtung der Thematik vornehmen und uns den offensichtlichsten Aspekten widmen. Eine vollumfängliche und detaillierte Abbildung aller existenten Argumente ist nicht möglich – das sollte klar sein. Daher beschränken wir uns auf eine subjektive Auswahl einiger der wichtigsten Punkte. Dabei sollen, wie so oft, die politische Dimension beleuchtet, aber auch die nackten Zahlen dargestellt sowie kritische Blicke auf oft hervorgebrachte Argumente gegen den privaten Waffenbesitz geworfen werden. Zuerst jedoch lohnt eine Betrachtung der «Mutter aller Waffengesetze», dem US-amerikanischen «Second Amendment». (tk)

### Quellen:

1. c-span.org, Crime and the U.S. Justice System, 30.01.1995
2. deutschlandfunk.de, Brauchen wir eine Verschärfung des Waffengesetzes?, 26.03.2023



### Auf einen Blick

- Der Zweite Zusatzartikel zur US-Verfassung erkennt «das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen» als unveräußerlich an.
- Die US-Gründerväter garantierten dieses Recht, um eine effektive Verteidigung vor äusseren Feinden und gewöhnlichen Kriminellen zu ermöglichen. Im Mittelpunkt des Artikels steht allerdings der Schutz vor der eigenen Regierung.

- Der Zweite Verfassungszusatz besagt, dass «eine gut regulierte Miliz notwendig für die Sicherheit eines freien Staates ist». Mit «Miliz» ist eindeutig keine staatliche Armee gemeint, sondern jeder bewaffnete Bürger der USA. Die Miliz hat das Recht, wenn nicht gar die Pflicht, einen totalitär auftretenden Staat unter Verwendung von Waffengewalt in seine Schranken zu weisen.
- Dass dieses eigentlich unveräußerliche Recht heutzutage in jedem Bundesstaat der USA eingeschränkt ist, muss bereits als hochproblematischer Bruch der Verfassung gewertet werden.

## «The Second Amendment» – Das wichtigste Recht der US-Bürger?

Das sogenannte «Second Amendment to the United States Constitution» (zu Deutsch: Zweiter Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten, nachfolgend als «Zweiter Zusatzartikel» oder kurz «2A» bezeichnet) ist ein Zusatzartikel, der der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika am 15. Dezember 1791 im Rahmen der «Bill of Rights» beigefügt wurde. Die Bill of Rights wurde von George Mason und James Madison entworfen und besteht aus den ersten zehn Zusatzartikeln zur US-Verfassung, die den amerikanischen Bürgern bestimmte unveräußerliche Rechte zusichern. Ähnlich bekannt ist der Erste Zusatzartikel («First Amendment»), der dem Kongress die Einschränkung der Rede-, Presse-, Religions-, Petitions- und Versammlungsfreiheit verbietet. Es ist wichtig, zu betonen, dass es sich hier explizit nicht um ein Privileg handelt, das den Bürgern zugesprochen wird, sondern um eine Erklärung, die den Sachverhalt als unveräußerliches Recht anerkennt. Die US-Gründerväter richteten eine strikte Anweisung an den Staatsapparat: Der Zweite Zusatzartikel verbietet der Bundesregierung jegliche Einschränkung des Rechts der Bürger auf das Besitzen und Tragen von Waffen. Daher wird er von vielen Menschen in den USA als das bedeutendste Dekret zur Aufrechterhaltung ihrer Freiheit angesehen. Den Amerikanern soll dadurch ermöglicht werden, sich nicht nur vor üblichen Kriminellen zu schützen, sondern auch und vor allem vor der eigenen Regierung – jene Entität also, die potenziell die grösste Gefahr für Leib und Leben der Gesamtheit der Bürger darstellt. Der amerikanische Politikwissenschaftler Rudolph Joseph Rummel entwickelte das Konzept des «Demozids», das in seiner Definition vorsätzliche Massentötungen von bestimmten Menschengruppen durch eine Regierung zusammenfasst. <sup>(1)</sup> In seiner Tabelle «Demozide des 20. Jahrhunderts» kommt er auf 262 Millionen Tote. <sup>(2)</sup>



Kämpfende Angehörige der US-amerikanischen Miliz im Unabhängigkeitskrieg

**Der Zweite Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten - das «Second Amendment» - verbietet der Regierung jegliche Einschränkung des Rechts des Volkes auf den Besitz und das Tragen von Waffen. Im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg der US-Siedler gegen die Britische Krone und ihre Soldaten kämpften auf ersterer Seite hauptsächlich Bürger, die privat Waffen besaßen, und keine klassischen Berufssoldaten eines stehenden Heeres.**

Das 2A stellt überdies sicher, dass die Verteidigungsfähigkeit der Nation vor Fremdmächten möglichst hoch ist. Es ist naheliegend, dass diese Motivation der Erfahrung vom Unabhängigkeitskrieg gegen die britische Krone entspringt, in dessen Kampfhandlungen auf amerikanischer Seite vornehmlich freiwillige Bürgermilizen involviert waren – sprich gewöhnliche Siedler, die sich ihre Unabhängigkeit von der britischen Staatsmacht erkämpfen wollten, da letztere sie zunehmend in ihrer Entscheidungsfreiheit einzuschränken beabsichtigte. Ausschlaggebend scheint jedoch vor allem das Bewusstsein der Gründerväter hinsichtlich der allgemeinen Gefahr, die von stehenden Armeen unter dem Befehl der eigenen Regierung ausgeht, gewesen zu sein. Zur Klarstellung: Damals waren

Armeen/Heere oder ihr Drohpotenzial noch das Hauptinstrument des Staates, um seine Bürger zu kontrollieren, und nicht ein ausufernder Beamten- und militarisierter Polizeiparapparat. Es ist ratsam, das 2A und die gesamte Diskussion um seinen Inhalt, seine Gültigkeit und seinen Anwendungsbereich, die von einigen politischen und zivilgesellschaftlich-aktivistischen Akteuren unermüdlich befeuert wird, vor diesem Hintergrund zu betrachten.

### Wortlaut des 2A

Der gesamte Zweite Zusatzartikel besteht gerade einmal aus 27 Worten. Er liest sich wie folgt: «A well regulated Militia, being necessary to the security of a free State, the right of the people to keep and bear